

Zukunftsforum „Innovative Gemeinschaften im digitalen Zeitalter – den sozial-ökologischen Wandel gestalten“

ERGEBNISDOKUMENTATION

Datum: 27.06.2017

Ort: Kalkscheune Berlin

Veranstalter: ISIconult UG, Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung (IÖR) und adelphi Consult im Auftrag von Umweltbundesamt (UBA) und Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)

Begrüßung

In der Begrüßung betont Michael Marten, Referatsleiter für gesellschaftspolitische Grundsatzfragen, BMUB, dass es im Rahmen des Zukunftsforums darum gehe, ein neues Miteinander von Staat und privaten Akteuren für die Daseinsvorsorge von morgen zu finden. Durch soziale Innovationen und Digitalisierung würden aus der Nicht-Steuerung heraus neue Formen des Zusammenlebens in Nachbarschaften entstehen. Da der Staat in seinen Versorgungspflichten nicht durch die Zivilgesellschaft entlastet werden könne, sei die Politik auf der Suche nach möglichen Wegen, ein neues Miteinander zu gestalten. Dabei stelle sich die Frage, wo der Staat helfen könne und wo er Experimentierräume für Innovation zulassen solle.



Bild links: Michael Marten (BMUB); Bild rechts: Dr. Kora Kristof (UBA)

Forschungskontext

Das Zukunftsforum ist Teil des Forschungsvorhabens „Umweltpolitische Unterstützungs- und Förderstrategien zur Stärkung sozial-ökologischer Formen von Zusammenleben und Gemeinwohlorientierung“, das im Auftrag des UBA und des BMUB durchgeführt wird. Dr. Kora Kristof, Abteilungsleiterin Nachhaltigkeitsstrategien, Ressourcenschonung und Instrumente, UBA, lädt die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ein, das noch am Anfang stehende Forschungsprojekt mit Gedanken und Positionen zu bereichern und mitzugestalten. Sie verweist darauf, dass die aktive Erfahrung von Selbstwirksamkeit und Gemeinschaftlichkeit wichtige Erfolgsbedingungen für Veränderungsprozesse in Richtung Nachhaltigkeit seien. Das Vorhaben verfolge daher eine stark akteursorientierte Perspektive und wolle vielfältige innovative Akteure und Praktiken hinsichtlich ihres Beitrags zu Gemeinschaftlichkeit und Gemeinwohlorientierung für den sozial-ökologischen Wandel im Verlauf des Vorhabens untersuchen. Darüber hinaus sollten die Rolle der Digitalisierung sowie der mögliche Charakter politischer Rahmenbedingungen zur Unterstützung der Initiativen betrachtet werden.



Bild links: Prof. Dr. Jana Rückert-John (ISIconsult); Bild rechts: Dr. Melanie Jaeger-Erben (ISIconsult)

Dr. Melanie Jaeger-Erben und Prof. Dr. Jana Rückert-John, ISIconsult, veranschaulichen als Projektleiterinnen und stellvertretend für die Projektpartner IÖR und adelphi Consult den Projektverlauf und klären über die Rolle auf, die das Zukunftsforum hierbei einnimmt. Sie präsentieren ebenso erste Ergebnisse der im Rahmen des Forschungsprojektes durchgeführten repräsentativen Bevölkerungsumfrage. Dieses Stimmungsbarometer zur Bedeutung von Gemeinschaftlichkeit und Gemeinwohl für den Lebensalltag von Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland bildet ein hohes Problembewusstsein

zum sozialen Miteinander und zu gesellschaftlichen Werten ab, und kommt zu folgenden Ergebnissen. Gegenseitige Hilfe in der Nachbarschaft spielt für 65 Prozent der Befragten eine wichtige Rolle in ihrem Leben, wobei die Bedeutung mit dem Alter steigt und im ländlichen sowie kleinstädtischen Raum stärker ausgeprägt ist. Das Internet wird von einem Viertel der Menschen genutzt, um sich für gesellschaftliches Engagement zu vernetzen, jedoch nimmt die Nutzung mit dem Alter ab. Selbstwirksamkeit und Spaß sind wichtige Motive für Engagement. Die gemeinschaftliche Bewirtschaftung von Gärten und das Teilen von Alltagsgegenständen sind die am weitesten verbreiteten Formen der Beteiligung an gemeinschaftlichen Initiativen. Aktivitäten mit hohem persönlichem Einsatz, die ressourcen- und zeitintensiv sind (wie Wohnprojekte oder der gemeinsame Erwerb von Immobilien), finden laut Umfrage aktuell weniger Zuspruch. Die Rednerinnen stellten als Anstoß für folgende Diskussionen die Frage, wie Umwelt- und Gesellschaftspolitik unterstützende Bedingungen schaffen können, um eine breite Teilhabe aller sozialen Milieus zu ermöglichen und das aufgezeigte Potenzial für eine sozial-ökologische Erneuerung zu nutzen.

Impulsdialoge „Faszinierende Möglichkeiten und große Herausforderungen: gemeinwohlorientierte Gemeinschaften im Kontext sozial-ökologischen Wandels“

Im Rahmen von drei Impulsdialogen werden verschiedene ExpertInnen zu den Potenzialen und Impulsen gemeinwohlorientierter Initiativen für den sozial-ökologischen Wandel in der Gesellschaft befragt. Hierbei äußern sich Dr. Kora Kristof (UBA) und Tom Hansing (anstiftung) zum Oberthema „sozial-ökologischer Wandel“. Die Aneignung von Raum in der Stadt sowie auf dem Land wird von Anne-Kathrin Kuhlemann (BE Solutions), Dr. Barbara König (Genossenschaftsforum e.V.) und Uwe Greff (BioBoden Genossenschaft) diskutiert, und im Impulsdialog zu „Nachbarschaften“ mit Elizabeth Calderón-Lüning (Common Grounds) und Stephan Willinger (BBSR) weitergeführt.

Die Podiumsteilnehmenden sehen Potenziale unter anderem darin, dass Nachbarschaftsinitiativen Partizipation, Kollaboration und Wissensaustausch bei der Quartiersentwicklung anregen, die Reparaturbewegung Spaß und handwerkliche Fähigkeiten fördern und Bürgeraktienunternehmen oder Biobodengenossenschaften den ländlichen Raum beleben.

Die digitale Infrastruktur, vor allem das Internet, sei dabei neben anderen konventionellen Wegen der Kommunikation und Vernetzung in der Offline-Welt ein wichtiges Mittel, um sich zu informieren und zu organisieren. Als wichtige Voraussetzung für die Entfaltung des kreativen Potenzials der Initia-

tiven adressieren mehrere Podiumsteilnehmende an die Politik, dass nicht-kommerzielle Experimentierräume gestärkt und die rechtlichen Rahmenbedingungen für innovative Akteure verbessert werden sollten. Die Meinungen gehen darüber auseinander, wie stark Politik die Weiterentwicklung und Skalierung der Initiativen unterstützend steuern kann und sollte. Ebenfalls divers wird diskutiert, ob knappe finanzielle Ressourcen oder mangelnde Reichweite der Initiativen Hinderungsgründe für Engagement sein könnten.



Bild links: Uwe Greff (BioBoden Genossenschaft) und Diskutantinnen und Diskutanten; Bild rechts: Stephan Willinger (Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung) und Elizabeth Calderón-Lüning (Common Grounds)

Als Organisationsform wählen die Initiativen laut der Podiumsteilnehmenden sowohl genossenschaftliche als auch profitorientierte Modelle. Es wird diskutiert, warum nicht ausschließlich auf Genossenschaftsmodelle gesetzt werde. Als Gegenargument wird aufgeführt, dass das Modell der Bürgeraktiengesellschaften Investitionen erleichtere und Möglichkeiten sowohl demokratischer Mitsprache als auch Schutz vor Spekulation biete.

Mit Blick auf das Stadt-Land-Verhältnis argumentieren einzelne Podiumsteilnehmende, dass Impulse vermehrt aus der Stadt kämen und im ländlichen Raum Anwendung fänden wie bspw. Boden- oder Wohngenossenschaften. Andere Ideen kämen aus den Dörfern selbst, wo eine Vernetzung innerhalb des ländlichen Raumes existiere, jedoch strahlten wenige Impulse zurück in die Städte. Während Initiativen Dörfer beleben könnten, bestünde gleichzeitig auch Konfliktpotenzial, wenn Innovationen durch ortsfremde Akteure hineingetragen würden und im Dorf parallele Strukturen entstünden. Gemeinschaftsprozesse bräuchten Zeit: Oftmals seien Sprache für und Geschwindigkeit von Entwicklungen auf dem Land verschieden. Die mangelnde technische Infrastruktur hemme zudem Entwicklungen im ländlichen Raum sowie fehlende Innovatoren. Als Herausforderung von Nachbarschafts- und

Stadt(-teil)entwicklung wird darauf hingewiesen, dass eine Zusammenarbeit zwischen der Raumplanung und zivilgesellschaftlichen Initiativen seit vielen Jahren in der Stadtforschung analysiert und befürwortet werde, das Wissen und die Bereitschaft zu kollaborativer Stadtentwicklung in Stadtverwaltung und -politik jedoch erst (noch) ankommen müsse. Hier herrsche noch ein traditionelles Verständnis der Bürgerbeteiligung vor, ohne Bürgerinnen und Bürgern tatsächlich Gestaltungsmöglichkeiten einzuräumen. Ferner wird von Fällen berichtet, in denen Politik zivilgesellschaftliches Engagement fördern wolle, jedoch die Zusammenarbeit mit der Verwaltung Probleme bereite.

Kurzvortrag „Potentiale innovativer Gemeinschaften für gutes Zusammenleben in der Stadt“

Nach der Verortung der Veranstaltung im Forschungskontext sowie Einblicken in Praxisbeispiele der Initiativen, beginnt der Nachmittag mit der Darstellung der politischen Bedeutung innovativer Gemeinschaften. In einem Impulsvortrag erörtert Dietmar Horn, Abteilungsleiter für Grundsatzangelegenheiten der Umwelt-, Bau- und Stadtentwicklungspolitik, BMUB, die Offenheit und Bereitschaft der Bundesregierung für eine gesellschaftliche Transformation im Sinne der Agenda 2030. Um diese Transformation zu befördern, müsse sich auf Veränderungen eingelassen und digitaler Wandel stärker miteinbezogen werden. Um diese politischen Ziele zu erreichen, bräuchte es außerdem die zivilgesellschaftlichen Organisationen, Gemeinschaften und deren Ideen.



V.l.n.r.: Dr. Maja Göpel (Wuppertal Institut), Prof. Dr. Gesche Joost (Universität der Künste Berlin), Dietmar Horn (BMUB), Ulrike Rose (Moderatorin)

Townhall-Diskussion „Innovative Gemeinschaften und soziale Innovationen im digitalen Zeitalter“

Dietmar Horn (BMUB), Dr. Maja Göpel, ehem. Leiterin des Berliner Büros des Wuppertal Instituts sowie Prof. Dr. Gesche Joost, Leiterin des Design Research Lab an der Universität der Künste Berlin (UdK), diskutieren die politische Bedeutung der Zivilgesellschaft und die Berücksichtigung des digitalen Wandels im Kontext von Transformationsprozessen in Richtung Nachhaltigkeit. Transformation geschehe nicht von selbst, sondern werde durch Menschen gestaltet. Initiativen leisteten wertvolle Pionierarbeit für den sozial-ökologischen Wandel. Diese Arbeit müsse von der Politik stärker gewürdigt und gezielt unterstützt werden. Die UdK habe in der Vergangenheit in Kooperation mit Ministerien auf Länderebene Werkzeuge entwickelt, die zivilgesellschaftliche Akteure stärken, wie beispielsweise die Bürgerwerkstätten in Nordrhein-Westfalen. Dabei sei es wichtig, bereits aktive Akteure miteinzubeziehen. Partizipation sei essenziell für eine erfolgreiche Transformation. Auch Gruppen, die am Rande stehen, sollten beteiligt werden. Lebenswelten und Realitäten von Gruppen fernab des Digitalen sollten Berücksichtigung finden und deren Schnittstellen mit der Gemeinschaft adressiert werden, um „Empowerment“ für die Transformation und Teilhabe an ihr zu erzeugen. Die digitale Spaltung der Gesellschaft wird im Konsens unter den Beteiligten der Townhall-Diskussion als zunehmendes Problem benannt. Durch Digitalisierung werde der Ausschluss bestimmter Bevölkerungsgruppen an politischen und gesellschaftsgestaltenden Prozessen weiter verstärkt. Mehr Zugänge zur Erlangung der notwendigen Kompetenzen in einer Wissensgesellschaft, einer „Digital Literacy“, müssten daher geschaffen werden.

Unsere Gesellschaft befinde sich in einem Suchprozess für nachhaltige Entwicklung, bei dem Mensch und Technologie die zwei zentralen Komponenten bildeten. Akteure von Gemeinwohl-Initiativen seien keine Utopisten, sondern ein wichtiger Teil des sozial-ökologischen Wandels. Sie zeigten, wie der Wandel schon heute umgesetzt werden könne. Politik müsse die Rolle dieser Gemeinschaften nicht nur erkennen, sondern auch anerkennen und dies in ihren Programmen berücksichtigen, wenn sie die Transformation fördern wolle. Initiativen, Forschung und Politik sollten enger zusammenarbeiten.

Von Visionen zu Ideen zu Lösungen – parallele Workshops

Im Anschluss an die Townhall-Diskussion finden vier parallele Workshops statt, in denen Ideen für die Förderung und Unterstützung von gemeinwohlorientierten Initiativen entwickelt werden. Die Ergeb-

nisse und Forderungen an die Politik, die die Teilnehmenden der Workshops erstellen, werden im folgenden Abschnitt „Abschlusspodium: Politische Perspektiven auf innovative Gemeinschaften und Gemeinwohlorientierung im digitalen Zeitalter“ beschrieben. Im Folgenden sind die vier Workshops kurz beschrieben. Für eine ausführliche Beschreibung verweisen wir auf eine separate Dokumentation der einzelnen Workshops¹.

- **Workshop 1: Gemeinwohl und gesellschaftlicher Zusammenhalt im digitalen Zeitalter**
Die Auswirkungen digitaler Instrumente für kooperatives Handeln, die Selbstorganisation oder der grundlegende Aufbau von Gemeinschaftsformen sind Gegenstand des Workshops. Fragen nach Chancen, Herausforderungen, Verbindungen zwischen analoger und digitaler Welt und grundlegende Kompetenzen für eine gesellschaftliche Mitgestaltung des digitalen Wandels werden diskutiert.
- **Workshop 2: Neue Raumkonzepte und Allianzen zwischen Stadt und Land**
Neue Konzepte und praktische Beispiele zum Besitz, zur Nutzung und zur Gestaltung von Flächen und Räumen als Grundlage einer gemeinwohlorientierten und gemeinschaftsbasierten Gesellschaft stehen im Mittelpunkt. Zentrale Frage ist, wie gemeinwohlorientierte und gemeinschaftsbasierte Initiativen diese verwirklichen und welchen Hindernissen sie dabei begegnen.
- **Workshop 3: Gemeinwohlökonomie als tragfähige Modelle zukünftigen Wirtschaftens?**
Der Workshop behandelt existierende Praktiken der Gemeinwohlökonomie (im weitesten Sinne) in unserer Gesellschaft. Fokussiert wird sich auf die Fragen, wie gemeinwohlökonomische Praktiken in ihrer Entstehung und Stabilisierung unterstützt werden können und welche Rolle die Umweltpolitik im Bereich der Gemeinwohlökonomie einnehmen kann.
- **Workshop 4: Solidarische Nachbarschaften und Quartiersentwicklung in verdichteten Räumen**
Konkrete Praxisbeispiele von Stadtprojekten dienen der Veranschaulichung des Beitrages von Nachbarschaftsinitiativen für eine sozial-ökologische Quartiersentwicklung. Im Zentrum steht

¹ Online verfügbar unter: www.zukunft-gemeinwohl.de/downloads

die Frage nach konkreten strukturellen Rahmenbedingungen und Erfolgsfaktoren sowie umweltpolitischen Unterstützungsmöglichkeiten für diese Initiativen „neuer Nachbarschaften“.



Impressionen aus den Workshop-Sessions

Abschlusspodium – Politische Perspektiven auf innovative Gemeinschaften und Gemeinwohlorientierung im digitalen Zeitalter

Zu Beginn des Podiums werden die Ergebnisse jedes Workshops in Form von Thesen und Politikempfehlungen an die politischen VertreterInnen Florian Pronold (Parlamentarischer Staatssekretär, BMUB), Peter Meiwald (MdB, Bündnis 90/Die Grünen), Caren Lay (MdB, DIE LINKE) und Detlef Raphael (Deutscher Städtetag) übermittelt. Dabei geht es im ersten Diskussionsteil um das Kernthema der Veranstaltung, nämlich die Rolle der Digitalisierung für innovative Gemeinschaften. Zunächst wird von „Workshop 1“-Teilnehmenden eingebracht, dass digitale Kompetenzen viel stärker gefördert und institutionalisiert werden sollten, beispielsweise durch die Einrichtung einer Kompetenzstelle am neu gegründeten und durch das BMBF geförderten Internet-Institut. Ein Podiumsteilnehmer merkt dabei die Notwendigkeit an, in der Forschung zu Digitalisierung vermehrt gesellschaftliche Bezüge herzustellen anstatt sich auf ökonomische Verwertbarkeit auszurichten. Demokratiestärkende Projekte, die sich beispielsweise gegen die Verbreitung von „Fake News“ richteten, sollten gefördert werden. Eine unabhängige Forschung zur Digitalisierung, so ein ergänzender Beitrag, sei unabdingbar. In diesem Zusammenhang wird seitens der Workshop 1 – Teilnehmenden die Forderung aufgestellt, Daten und auch digitale Infrastruktur stärker zu öffnen und frei verfügbar zu machen – eine Daseinsvorsorge im Digitalen zu gewährleisten. Diese Forderung wird von einzelnen Podiumsteilnehmenden unterstützt. Auch gemeinwohlorientierten Akteuren solle Zugang zu und Verwaltung von Daten ermöglicht werden, über die sonst nur einige wenige finanzstarke Akteure der Digitalisierung verfügen würden. Es brauche darüber hinaus gesamtstaatliche Verantwortung für Netzneutralität und gleichberechtigten Zugang zum Netz. Auf kommunaler Ebene könnten hier wichtige Prozesse

in Gang gesetzt werden. Exemplarisch wird die Entwicklung und Umsetzung des Masterplans „Digitales Dortmund“ beschrieben. Dort würden Bedürfnisse der gesellschaftlichen Initiativen und Gruppen bei einem Ansatz der Digitalisierung „von unten nach oben“ berücksichtigt. In Bürgerforen oder Bürgercafés würden zivilgesellschaftliche Akteure miteinbezogen.

Anschließend werden dem Plenum die Ergebnisse von Workshop 2 und 3 präsentiert und zur Diskussion gestellt. Dabei geht es einerseits um die in Workshop 2 thematisierten neuen Ansätze zur Nutzung und Gestaltung von Fläche und Raum zwischen Stadt und Land. Andererseits werden die Ergebnisse des dritten Workshops um den Beitrag des Modells der Gemeinwohlökonomie für zukünftiges Wirtschaften vorgestellt. Darunter fällt der Vorschlag zur Einrichtung eines offenen Zukunftsfonds für die Förderung zivilgesellschaftlicher Initiativen. Dieser solle den sozial-ökologischen Wandel im Stadtbau in gelebte Praxis umsetzen. Auch grundsätzliche Forderungen werden gestellt. So solle die Frage nach der Demokratisierung von Wirtschaft unter der Einbeziehung der globalen Perspektive weitergeführt werden. Die anschließende Diskussion² dreht sich jedoch in erster Linie um die in Workshop 2 aufgeworfenen Fragen der Raumnutzung.



V.l.n.r.: Dr. Sebastian Lange (Moderator), Peter Meiwald (MdB, Bündnis 90/Die Grünen), Detlef Raphael (Deutscher Städtetag), Caren Lay (MdB, DIE LINKE), Florian Pronold (BMUB), Ulrike Rose (Moderatorin)

² Anmerkung der Red.: Zur vertiefenden Auseinandersetzung mit den Ergebnissen aus Workshop 3 verweisen wir an dieser Stelle auf die ausführliche Workshopdokumentation.

Es stehen die Vergabepraktiken bei Flächen und Immobilien im Vordergrund, die sich zukünftig deutlich stärker an sozial-ökologischen Kriterien orientieren sollten. Dies stößt bei den politischen VertreterInnen prinzipiell auf eine breite Zustimmung. Problematisch sei jedoch, dass in vielen Kommunen (im urbanen als auch ländlichen Raum) der öffentlichen Hand kaum noch Flächen und Grundstücke zur Verfügung stünden, wofür einzelne Podiumsteilnehmende u. a. den Bund verantwortlich machen. Dieser, so die geäußerte Kritik, beteilige sich in der Liegenschaftspolitik selbst an spekulativen Vergabeverfahren. Es wird daher dafür plädiert, das Vorkaufsrecht für Kommunen zu stärken und über Nutzungsbindungen in Erbbaurechtsverträgen sozial-ökologischen Projekten Vorrang einzuräumen. Die Mehrheit der Podiumsteilnehmenden spricht sich für eine stärkere Gemeinwohlorientierung in Vergabeverfahren aus, wobei beispielsweise die Konzeptvergabe als ein wichtiger und politisch zu unterstützender Ansatz genannt wird.

In der letzten Runde geht es – aufbauend auf den Ergebnissen des vierten Workshops – um die Frage der notwendigen Rahmenbedingungen für solidarische Nachbarschaften und eine sozial-ökologische Quartiersentwicklung in verdichteten Räumen. Wichtig sei laut der Workshop-Teilnehmenden eine Kommunikation und Kooperation auf Augenhöhe zwischen BürgerInnen und der Verwaltung sowie eine höhere Anerkennung und Unterstützung des freiwilligen Engagements. Bei der Umsetzung dieser Ziele könne der Einsatz von „QuerschnittsmanagerInnen“ in Kommunalverwaltungen hilfreich sein, welche Perspektiven von sozialen, bauwirtschaftlichen und ökologischen Akteuren aufnehmen und miteinander vermitteln könnten. Auch müssten die Voraussetzungen für freiwilliges Engagement verbessert werden, beispielsweise durch eine stärkere Unterstützung von Arbeitszeitverkürzungen und Sabbaticals. Hier wäre ggf. auch ein bedingungsloses beziehungsweise gemeinwohlorientiertes Grundeinkommen hilfreich.

Einzelne Forderungen stoßen bei den politischen VertreterInnen auf große Zustimmung. Der ressortübergreifende Dialog würde in Kommunen im Kontext der Strategie „Soziale Stadt“ bereits positiv aufgegriffen werden. Einzelne Podiumsteilnehmende sprechen sich für die Idee der QuerschnittsmanagerIn sowie für die Einführung einer neuen Wohngemeinnützigkeit aus. Es wird an Initiativen appelliert, in puncto ökologische Kriterien umweltpolitische Programme bzw. Konzepte (wie die Agenda 2030 bzw. Planetare Grenzen) zu berücksichtigen. Abschließend wird noch festgestellt, dass bundespolitische (oder gesellschaftliche) Forderungen auf kommunaler Ebene nur umgesetzt werden könnten, wenn dort entsprechende politische Mehrheiten oder Interessen existierten. Mit der Aufforde-

rung an die vor Ort anwesenden Initiativen und die BürgerInnen im Allgemeinen, „laut“ zu sein und die kommunalen VertreterInnen zu überzeugen, sozial-ökologische Belange einzubeziehen, schließt die Diskussion.

Ausblick und Schlusswort

Dr. Melanie Jaeger-Erben und Prof. Dr. Jana Rückert-John, ISiconsult, danken den TeilnehmerInnen für die vielfältigen Impulse. Im Rahmen des Forschungsvorhabens würden die vielen Anregungen aufgenommen und in kommende Workshops und Strategiegelgespräche einfließen. Auch in Zukunft seien ein Kontakt und ein Austausch mit den Akteuren sehr erwünscht. Florian Pronold, BMUB, bedankt sich im Namen der Ministerin Dr. Barbara Hendricks und hebt den intensiven Austausch als Besonderheit dieser Veranstaltung und Wertschätzung des Themas hervor.